



Landkreis Diepholz · Postfach 1340 · 49343 Diepholz

Übergabeeschreiben

Frau
Herma Cohrs
Rüssen 6
27239 Twistringen

Auskunft erteilt: Frau Poppe
Gebäude: Kreishaus Diepholz
(Eingang "Römlingstr.")
Zimmer: B 111
Telefon: 05441/976-1668
Handy:
Telefax: 05441/976-4950
E-Mail: * Sigrid.Poppe@diepholz.de

Zentrale / Telefon: 05441/976-0
Internet: * <http://www.diepholz.de>

*Hinweis Infos zur rechtssicheren und rechtsverbindlichen elektronischen Kommunikation finden Sie auf den Internetseiten des Landkreises Diepholz

Ihr Zeichen Ihr Schreiben vom Mein Zeichen (**bei Antwort bitte angeben**) 49356 Diepholz, Niedersachsenstr. 2
63 DH 02319/2019/71 19.11.2019

Grundstück Twistringen, Rüssen 6
Gemarkung: Rüssen, Flur: 2, Flurstück: 61/1

Vorhaben Errichtung u. Betrieb Güllelagerung B 12 mit 2.400 m³, Betrieb der Gesamtanlage

Aufgrund des Antrages vom 01.07.2019 wird nach §§ 4 und 16 des Gesetzes zum Schutze vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) vom 26.09.2002 (BGBl. I. S. 3830)- in der zurzeit geltenden Fassung – in Verbindung mit § 1 Abs. 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) vom 02.05.2013 (BGBl. I S. 973) und Nr. 9.36, Buchstabe V des Anhanges zur gleichnamigen Verordnung nach Maßgabe der eingereichten Unterlagen unbeschadet der Rechte Dritter die

G E N E H M I G U N G

erteilt, auf dem Grundstück der

Gemarkung	Rüssen
Flur	2
Flurstück	61/1

die vorhandene Anlage zum Halten von Mastschweinen, Sauen und Ferkeln zu ändern und diese Änderung zu betreiben.

Sprechzeiten BürgerService in Diepholz

Mo + Di 7:30 - 17:00 Uhr, Mi 7:30 - 15:00 Uhr, Do 7:30 - 18:30 Uhr,
Fr 7:30 - 13:00 Uhr

Sprechzeiten der Anlaufstellen der Ausländerstelle

Di 8:00 - 12:00 Uhr, Do 8:00 – 12:00 Uhr, Do 14:00 - 17:00 Uhr

Übrige Öffnungs- und Sprechzeiten siehe unter www.diepholz.de.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller anderen Fachdienste stehen Ihnen außerdem nach telefonischer Vereinbarung zur Verfügung.

Bankverbindungen

Kreissparkasse Diepholz

IBAN: DE45 2565 1325 0000 0131 44

BIC: BRLADE21DHZ

Kreissparkasse Syke

IBAN: DE20 2915 1700 1110 0101 37

BIC: BRLADE21SYK

Volksbank Diepholz

IBAN: DE19 2569 1633 3211 0995 00

BIC: GENODEF1SUL

Die Genehmigung hat folgenden Inhalt:

Errichtung u. Betrieb Güllelagerung B 12 mit 2.400 m³, Betrieb der Gesamtanlage

Die Genehmigung erlischt, wenn innerhalb von zwei Jahren nach Bestandskraft dieser Genehmigung nicht mit der Errichtung der Anlage begonnen wurde.

Die Anlage ist entsprechend den dieser Genehmigung beigefügten Unterlagen zu errichten und zu betreiben, soweit sich durch die in der Genehmigung aufgenommenen Bedingungen, Auflagen oder Hinweise nichts anderes ergibt.

Die diesem Genehmigungsbescheid beigefügten Unterlagen und Beschreibungen sind Bestandteil der Genehmigung.

Die Bauvorlagen liegen auf der Bauplattform <https://ng.conject.com> im Ordner „51 Anlagen Bauaufsicht“ für Sie bereit und können ab sofort heruntergeladen werden.

Der Genehmigung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

1. Genehmigungsantrag nach BImSchG vom 01.07.2019 mit Anlagen
2. Lageplan i. M. 1 : 500
3. Übersichtsplan i. M. 1 : 5 000
4. Landwirtschaftliche Betriebsbeschreibung
5. Bauantrag mit Anlagen
6. Statische Berechnungen

Die Kosten des Genehmigungsverfahrens hat der Antragsteller zu tragen.

Diese Genehmigung wird nach § 12 Abs. 1 in Verbindung mit § 6 BImSchG mit folgenden Auflagen (A), Nebenbestimmungen (B) und Hinweise (H) verbunden bzw. erteilt:

Allgemeines:

1. Für das Vorhaben sind eine Baubeginnanzeige sowie Schlussabnahme vorgeschrieben. Spätestens mit Vorlage der Baubeginnanzeige ist die Bauleiterin/der Bauleiter zu benennen.
Die Schlussabnahme ist unverzüglich nach Fertigstellung der Anlage zu beantragen. Für die Anzeige bzw. Anmeldung bitte ich, die beigefügten Vordrucke zu verwenden.
2. **Die Anlage darf erst nach Erteilung des Schlussabnahmscheines in Betrieb genommen werden.**
3. Die Nebenbestimmungen der Genehmigung vom 07.08.2014 – 63 DH 3317/2012/71 – mit diversen Nachtragsgenehmigungen gelten weiter, soweit sie durch diese Genehmigung nicht gegenstandslos werden.

Immissionsschutzrechtliche Nebenbestimmungen:

1. Der Beurteilungspegel der von allen Anlagen auf dem Betriebsgelände sowie der vom zugehörigen Fahrzeugverkehr ausgehenden Geräusche darf folgende Werte am maßgeblichen Immissionsort nicht überschreiten:
 - **Außenbereich** (vergleichbar mit einem Mischgebiet):
 - tagsüber (von 06.00 Uhr bis 22.00 Uhr) 60 dB (A)
 - nachts (von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr) 45 dB (A)

Bauordnungsrechtliche Ausnahmen/Befreiungen/Nebenbestimmungen u. Hinweise:

1. Der Prüfbericht Nr. Y/1228/15-2c vom 20.12.2018 des Prüfamtes für Baustatik Stadt Dessau-Roßlau ist Bestandteil dieser Genehmigung und bei der Bauausführung zu beachten.
Die geprüfte und genehmigte statische Berechnung ist beigelegt (2. Ausfertigung). (A) (500d)
2. Die Voraussetzungen für den Einbau von Beton der in Überwachungskategorie 2 eingestuft ist, sind hinsichtlich Baustelle, Bauunternehmen und Überwachungsstelle zu beachten.
Vor Baubeginn sind entsprechende Angaben der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen. (A) (531a)
3. Von den verantwortlichen Unternehmern sind für Maurer-, Stahlbeton-, Holzbauarbeiten Qualifikationsnachweise und Erklärungen vorzulegen, aus denen hervorgeht, dass die Baumaßnahme entsprechend der genehmigten Zeichnung einschließlich der geprüften statischen Berechnung und den anerkannten Regeln der Bautechnik ausgeführt wurde. (A) (603c)
4. Die Baustelle ist von der öffentlichen Fläche abzugrenzen und zu sichern (§ 11 Abs. 1 NBauO). (A) (317)
5. Die in den genehmigten Bauvorlagen eingetragenen Grenz- und Gebäudeabstände sind genau einzuhalten. Abweichungen sind baurechtswidrig.

Ich empfehle daher, bei der Absteckung der genehmigten Anlage das Katasteramt oder einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur hinzuzuziehen. (H) (307b)
6. Es wird zugelassen, dass die statischen Nachweise für das **Zeltdach** erst nach Erteilung der Baugenehmigung vorgelegt werden.

Die Bauvorlagen sind so rechtzeitig bei der Bauaufsichtsbehörde einzureichen, dass sie unter Berücksichtigung der Prüfzeit für die bautechnische Prüfung **bis zum Baubeginn** bzw. vor Ausführung der entsprechenden Bauteile geprüft vorliegen. (B) (569)
7. Vor Baubeginn ist ein **Baugrundgutachten** zur Prüfung vorzulegen. Mit dem Bauvorhaben darf erst nach Prüfung und Genehmigung des vor genannten Gutachtens begonnen werden.

8. Die erforderliche Abnahme der Bewehrung (§ 80 NBauO) ist vom Bauunternehmen oder vom Bauleiter rechtzeitig, mindestens 48 Stunden vor dem Betonieren, beim Fachdienst für Bauordnung und Städtebau des Landkreises Diepholz, Tel.: 05441/976-1424, zu beantragen.
Sie wird vorgeschrieben für: **Behältersohle**
Vor erfolgter Abnahme darf mit dem Betonieren nicht begonnen werden. (A) (530)

Wasserbehördliche Nebenbestimmungen zum Neubau Güllebehälter:

1. Der Betreiber hat mit der Errichtung des Güllebehälters einen Fachbetrieb nach § 62 AwSV (Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) zu beauftragen. Ein entsprechender Nachweis ist dem Fachdienst Bauordnung und Städtebau **vor Baubeginn** vorzulegen.
Die ordnungsgemäße Ausführung aller Arbeiten, einschließlich der Eigenleistungen, muss durch einen fachkundigen Bauleiter überwacht werden (Überwachungskategorie ÜK 2).
2. **Vor Baubeginn** ist auch ein Sachverständiger nach § 53 Abs. 1 AwSV zu beauftragen. Der ordnungsgemäße Einbau eines funktionssicheren Leckageerkennungssystems unter dem Güllebehälter sowie die Dichtheitsprüfung des Behälters sind vom Sachverständigen abzunehmen. Der Betreiber hat den Behälter einschließlich der Rohrleitungen vor Inbetriebnahme durch den Sachverständigen auf die Dichtheit und Funktionsfähigkeit prüfen zu lassen.
3. Der Abstand des Güllebehälters zu oberirdischen Gewässern muss mindestens 20 m betragen. Der Abstand zu Brunnen, die der Trinkwassergewinnung dienen (u. a. auch Hausbrunnen) muss mindestens 50 m betragen.
4. Die Behältersohlplatte ist aus einem Beton mit verminderter Rissbreite $\leq 0,2$ mm sowie mit hohem Wassereindringwiderstand gemäß EN 206-1/ DIN 1045-2 entsprechend den statischen Erfordernissen, unabhängig hiervon jedoch in einer Mindestdicke von 18 cm, herzustellen. Das gleiche gilt für die Ausführung der Wände. Nur bei Betonfertigteilen mit einem äquivalenten Wasserzementwert $(w/z)_{eq} \leq 0,45$ darf die Mindestbauteildicke auf 16 cm vermindert werden. Die Behältersohlplatte ist arbeits- und dehnungsfugenfrei herzustellen. Unvermeidliche Fugen (z. B. Anschlüsse Sohle/Wandungen) sowie Fertigteilstöße und Durchdringungen sind mit geeigneten Dichtungsmitteln/-elementen dauerhaft flüssigkeitsdicht abzudichten.
5. Für **alle verwendeten Bauprodukte** müssen **bauaufsichtliche Verwendbarkeitsnachweise** unter Berücksichtigung wasserrechtlicher Anforderungen, hier insbesondere die Beständigkeit gegenüber Jauche, Gülle und Silagesickersaft, vorliegen.
6. Das Leckageerkennungssystem (umlaufende Ringdrainage) für den Güllebehälter muss gemäß den Ausführungen unter Ziffer 7 ff des Arbeitsblattes DWA-A- 792 „Technische Regel wassergefährdender Stoffe –TRwS JGS-Anlagen“ der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall ausgeführt werden. Bei dem Behälter sind mindestens vier Kontrolleinrichtungen (Standrohr oder Kontrollschacht) gleichmäßig über den äußeren Umfang des Behälters anzuordnen.
7. Vor Inbetriebnahme des Güllebehälters sind dessen Dichtheit (einschließlich der Rohrleitungen) durch den Sachverständigen nach § 53 Abs. 1 AwSV mit Wasser in Anlehnung an die DIN EN 1610 in Verbindung mit DWA-A 139 und 9.2.3.2 und 9.2.3.4 DWA-A 792 nachzuweisen.

8. Die Entnahme aus dem Güllebehälter darf nur von einem befestigten Platz der Mindestgröße von 4 x 6 m aus erfolgen (Asphalt- oder Betondecke, kein Verbundsteinpflaster). Die Entwässerung muss im freien Gefälle (3 %) in eine Vorgrube oder in einen speziellen dichten Schacht erfolgen, das verunreinigte Niederschlagwasser ist zusammen mit der Gülle landwirtschaftlich zu verwerten.
Im Bereich von befahrbaren Flächen (immer beim Befüll- und Entnahmeplatz!) ist ein Anfahrerschutz in ausreichendem Abstand zum Behälter vorzusehen (z. B. Hochbord, Poller, Leitplanken, etc.).
9. Durchdringungen der Sohlplatte des Güllebehälters (z. B. durch Befüll- und Entnahmerohrleitungen) sind unzulässig! Wanddurchführungen an dem Behälter müssen einsehbar hergestellt sein. Die Befüll-/Entnahmerohrleitung muss mit mindestens zwei voneinander unabhängigen Sicherheitseinrichtungen, z. B. mit zwei Schiebern, davon ein Schnellschlussschieber, versehen werden. Als Sicherheitseinrichtungen gelten neben Schiebern auch Einrichtungen, die ein Aushebern der Behälter verhindern. (Entlüftungsventile). Die Sicherheitseinrichtungen müssen durch geeignete Vorkehrungen (Schlösser, abschließbare Schieberkammern, abnehmbare Bedienungsteile, etc.) vor dem Zugriff Dritter gesichert sein. Die Verwendung von nicht stationären („fliegenden“) Leitungsschläuchen ist nur bei reinen Tiefbehältern zulässig.
10. Die Vorgrube darf keinen Ablauf oder Überlauf ins Freie besitzen.
11. Tragwerksplanung, Konstruktion und Ausführung der Vorgrube aus Stahlbeton(Ortbeton, Betonfertigteile) muss nach DIN 11622-2:2015 erfolgen.
12. Für Vorgruben aus Stahlbeton gilt zusätzlich DIN EN 206-1:2001 in Verbindung mit DIN 1045-2:2008 mit den Expositionsklassen XC4, XF3, XA1, WA. Es ist Beton mit hohem Wassereindringwiderstand zu verwenden. Die Bauausführung unterliegt der Bauüberwachungskategorie UK2 nach DIN EN 13670:2011 in Verbindung mit DIN 1045-3:2012. Die Rissbreitenbeschränkung und die Mindestbauteildicke richten sich nach DIN 11622-2:2015.
13. Die Fugen der Vorgrube (z. B. Anschlüsse Sohle/Wandungen) sowie Fertigteilstöße sind mit geeigneten Dichtungsmitteln/-elementen dauerhaft flüssigkeitsdicht abzudichten. Fugendichtungen bedürfen einer bauaufsichtlichen Zulassung (Zulassungsbereich Z-74.62).
14. Vor Inbetriebnahme des Güllebehälters ist die Vorgrube auf dessen Dichtheit mit Wasser in Anlehnung an die DIN EN 1610 in Verbindung mit DWA-A 139 und 9.2.3.2 der DWA-A 792 nachzuweisen.
15. Kann der Füllstand der Vorgrube nicht durch Inaugenscheinnahme kontrolliert werden, ist eine Vorrichtung vorzusehen, die den Füllstand anzeigt (z.B. Füllstandsanzeige).
16. Durch regelmäßige Kontrollen des Füllstandes muss ein Überlaufen des Güllebehälters ausgeschlossen sein. Ein Mindestfreibord von 0,2 m ist jederzeit einzuhalten. Bei Behältern, bei denen der Füllstand nicht durch Inaugenscheinnahme kontrolliert werden kann, ist eine Einrichtung vorzusehen, die das Erreichen des maximalen Füllstandes optisch oder akustisch anzeigt (z. B. Füllstandsanzeige, Überfüllsicherung). Der an den Entnahmeplatz angeschlossene Sammelschacht ist ebenfalls regelmäßig zu kontrollieren und bei Bedarf zu entleeren. Für die zugänglichen Anlagenteile, wie Armaturen, Rohrleitungen und sichtbare Teile des Behälters sind jährlich Sicht- bzw. Funktionskontrollen vom Betreiber durchzuführen. Bei Feststellung von Undichtheiten an dem Behälter ist die zuständige Untere Wasserbehörde, Fachdienst Umwelt und Straße, des Landkreises Diepholz unverzüglich zu benachrichtigen.

Der Betreiber des Güllebehälters hat dafür Sorge zu tragen, dass bei Frostwetterlagen die Eisbildung im Behälter durch geeignete Maßnahmen (z. B. Rühren des Behälterinhaltes, Einhängen von Strohballen, etc.) auf jeden Fall verhindert wird, damit Lasten und Kräfte aus einer geschlossenen Eisdecke nicht zu Beschädigungen des Güllebehälters führen.

17. Über alle Prüfungs-, Kontroll- und Wartungsarbeiten ist ein Betriebsbuch zu führen mit Datum, Namen des Ausführenden, durchgeführten Arbeiten und festgestellten Mängeln. Dieses Buch ist den zuständigen Stellen auf Verlangen vorzulegen. Mitarbeitern der Unteren Wasser- und Bauaufsichtsbehörde ist jederzeit der freie Zugang zu den Anlagenteilen einzuräumen.

Wasserbehördliche Hinweise:

1. Die Gesamtanlage ist nach den Regeln der Technik zu errichten. Zu beachten sind insbesondere folgende Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung:
 - Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV)
 - EN 206-1/ DIN 1045-2 (Beton und Stahlbeton)
 - DIN 1048 (Prüfverfahren für Beton)
 - DIN 7865 (Fugenabdichtungen)
 - DIN 11622-2 (Güllebehälter)
 - DWA-A 792 (TRwS)
 - Unfallverhütungsvorschriften der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft
2. Der Betreiber hat gemäß dem Arbeitsblatt A 792 der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) - technische Regel wassergefährdender Stoffe (TRwS) 8.2 [16] die Dichtheit der unterirdischen JGS-Anlagenteile, die nicht in die Leckaageerkennung eingebunden sind, erstmals nach 3 Jahren nach der Inbetriebnahmeprüfung und danach alle 15 Jahre zu kontrollieren. Der Betreiber hat die Kontrollen zu dokumentieren. Die schriftlichen Aufzeichnungen dienen dem Betreiber bei behördlichen Kontrollen, bei der Sachverständigenprüfung sowie bei Schadensfällen als Nachweis, dass er seinen, ihm in Eigenverantwortung (gemäß Ziffer 6. „Pflichten des Betreibers zur Anzeige und zur Überwachung“ der Anlage 7 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen – AwSV) obliegenden Pflichten zur Überwachung der Anlage nachgekommen ist.
3. Die Entnahme von Grundwasser im Zuge von Grundwasserabsenkungen (dies gilt auch für zeitlich befristete Absenkungen!) ist grundsätzlich erlaubnispflichtig gemäß § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Sofern eine Grundwasserabsenkung im Zuge der Baumaßnahme erforderlich sein sollte, ist diese daher rechtzeitig vorab bei der UWB zu beantragen. Das Antragsformular für die Grundwasserabsenkung kann entweder direkt bei der UWB angefordert oder auch über das Internet (www.diepholz.de ⇒ Bauen & Umwelt ⇒ Wasser) abgerufen werden. Rückfragen hierzu können direkt an die UWB, Tel. 05441-976-4274 gerichtet werden.
4. Gemäß Ziffer 10.3 des Bauantrages soll die Niederschlagswasserbeseitigung durch Versickerung auf dem Grundstück erfolgen. Das anfallende Niederschlagswasser sollte möglichst oberirdisch großflächig verteilt und durch die belebte und bewachsene Bodenzone (Flächenversickerung) hindurch versickern. Die *gezielte* Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers über spezielle Versickerungsanlagen bedarf der wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Im Zulauf von unterirdischen Versickerungsanlagen (z.B. Rigolen, Versickerungsschächte etc.) ist im Regelfall eine Reinigungsstufe erforderlich. Dieser Erlaubnisantrag ist beim Fachdienst Umwelt und Straße, Untere Wasserbehörde, des Landkreises Diepholz in Diepholz einzureichen. Das Antragsformular für den Antrag nach § 8 WHG kann direkt bei der UWB (Tel.: 05441-976- 4277) angefordert oder auch über das Internet (www.diepholz.de ⇒ Umwelt ⇒ Wasser) abgerufen werden. Für Planung, Bau und Betrieb von Versickerungsanlagen ist das Arbeitsblatt A 138 der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall . . .

(DWA) als den hierfür maßgebenden Regeln der Technik zu beachten. Die Versickerung von Niederschlagswasser setzt eine ausreichende Durchlässigkeit des anstehenden Untergrundes sowie ausreichend große Grundwasserflurabstände voraus. Aus diesem Grund sind vor der eigentlichen Planung der Versickerungsanlage(n) die Untergrunddurchlässigkeit (k_f -Wert) und die Grundwasserflurabstände vor Ort festzustellen.

Landschaftspflegerische Nebenbestimmungen:

1. Die Abgeltung der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung erfolgt über die Zahlung eines Ersatzgeldes

Der Betrag berechnet sich wie folgt: versiegelte Fläche (m²) x Ersatzgeldbetrag (€ /m²) ; in Ihrem Fall: 1.018 qm x 8,80 €/qm = 8.958,40 €.

Der Betrag wird vor Baubeginn vom Fachdienst 67 – Kreisentwicklung - gesondert erhoben.

Gemeindliche Nebenbestimmungen:

1. Im öffentlichen Verkehrsraum dürfen Baumaterialien nicht gelagert werden. Durch die Baumaßnahme verursachte Schäden der öffentlichen Straße sind auf Kosten des Bauherrn zu beseitigen und eine Abnahme bei der Gemeinde – Bauamt – zu beantragen.

Hinweise:

Anträge für den Anschluss an die Schmutzwasser- bzw. Regenwasserkanalisation sind beim Oldenburgisch Ostfriesischen Wasserverband (OOWV), Georgstraße 4, 26919 Brake zu stellen. Auskünfte über die Möglichkeit und die Kosten eines Anschlusses erhalten Sie von dort.

Auskünfte über die Möglichkeit und die Kosten von Anschlüssen an Versorgungsleitungen (Strom, Gas, Wasser, Telekommunikation etc.) erteilen die jeweiligen Versorgungsunternehmen.

Hinweise:

- a) Dieser Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden.
- b) Die Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der dazu ergangenen bzw. noch ergehenden Verordnungen sind zu beachten und jederzeit genaustens einzuhalten.
- c) Die Genehmigung erlischt, wenn die Anlage während eines Zeitraumes von mehr als 3 Jahren nicht mehr betrieben worden ist.
- d) Die Genehmigung kann insbesondere widerrufen werden, wenn eine oder mehrere Auflagen dieser Genehmigung nicht oder nicht innerhalb der gesetzten Frist erfüllt werden.
- e) Jede wesentliche Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes dieser Anlage bedarf einer erneuten Genehmigung.

- f) Falls die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit durch diese Genehmigung nicht ausreichend vor schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen geschützt ist, so soll die zuständige Behörde nachträgliche Anordnungen treffen.
- g) Ein Betreiberwechsel ist der Genehmigungsbehörde unverzüglich anzuzeigen.
- h) Der Betreiber dieser Anlage hat diese Genehmigung zur Einsichtnahme durch Bedienstete der zuständigen Behörde an der Betriebsstätte jederzeit bereitzuhalten.
- i) Nach § 62 Bundes-Immissionsschutzgesetz handelt u. a. derjenige ordnungswidrig, der vorsätzlich oder fahrlässig

- eine vollziehbare Auflage nach § 12 Abs. 1 BImSchG nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erfüllt,
- entgegen § 15 Abs. 1 oder 3 BImSchG eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder entgegen § 15 Abs. 2 Satz 2 eine Änderung vornimmt.

Die beiden erstgenannten Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 50.000 €, die Letztgenannten mit einer Geldbuße bis zu 10.000 € geahndet werden.

- j) Entsprechend § 327 Abs. 2 des Strafgesetzbuches - in der zurzeit gültigen Fassung - wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer
 - eine genehmigungsbedürftige Anlage oder eine sonstige Anlage im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, deren Betrieb zum Schutz vor Gefahren untersagt worden ist,
 - eine genehmigungsbedürftige oder anzeigepflichtige Rohrleitungsanlage zum Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes oder
 - eine Abfallentsorgungsanlage im Sinne des Abfallgesetzes

ohne die nach dem jeweiligen Gesetz erforderliche Genehmigung oder Planfeststellung oder entgegen einer auf dem jeweiligen Gesetz beruhenden vollziehbaren Untersagung betreibt.

- k) Nach § 15 Abs. 1 BImSchG ist die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes einer genehmigungsbedürftigen Anlage, sofern eine Genehmigung nicht beantragt wird, der zuständigen Behörde (Genehmigungsbehörde) mindestens einen Monat, bevor mit der Änderung begonnen werden soll, schriftlich anzuzeigen.

Der Anzeige sind Unterlagen beizufügen, soweit diese für die Prüfung erforderlich sein können, ob das Vorhaben genehmigungsbedürftig ist.

Soll der Betrieb einer genehmigungsbedürftigen Anlage eingestellt werden, so hat der Betreiber dies unter Angabe des Zeitpunktes der Einstellung ebenfalls unverzüglich der Genehmigungsbehörde mitzuteilen.

- l) Nach den VDE-Bestimmungen 0190-10.70 wird als Schutzmaßnahme gegen gefährliche Berührungsspannungen an elektrischen Geräten ein Potentialausgleich vorgeschrieben. Als Erder können Wasserrohrnetze nicht mehr benutzt werden. Als Ersatz hierfür sind Fundamente der vorzusehen.

Begründung:

Frau Herma Cohrs, Rüssen 6, 27239 Twistringen, beantragte am 01.07.2019 nach §§ 4 und 16 BlmSchG die Genehmigung für Errichtung u. Betrieb Güllelagerung B 12 mit 2.400 m³, Betrieb der Gesamtanlage auf dem vorgenannten Grundstück.

Nach Nummer 9.36 - Spalte V zur 4. BlmSchV gehören Güllebehälter zu den genehmigungspflichtigen Anlagen nach § 4 BlmSchG.

Die nunmehr beantragte Anlage bedurfte daher der Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz.

Entsprechend § 2 Abs.1 Ziffer 2 der 4. BlmSchV war über diesen Antrag im vereinfachten Genehmigungsverfahren (§ 19 BlmSchG) zu entscheiden.

Im Rahmen dieses Verfahrens waren auch entsprechend § 10 Abs. 5 BlmSchG die Behörden zu hören, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt werden.

Die Beurteilung dieser Maßnahme hat nach Beteiligung der Stadt Twistringen und meiner Fachdienste insgesamt keine Gründe ergeben, die eine Versagung der beantragten Genehmigung gerechtfertigt hätten.

Nach § 13 BlmSchG schließt die Genehmigung auch die Baugenehmigung ein. Es war daher zu prüfen, ob das Vorhaben dem öffentlichen Baurecht entspricht. Das für die Bebauung vorgesehene Grundstück liegt im Außenbereich der Stadt Twistringen, Ortsteil Rüssen und ist nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB zulässig.

Die Stadt Twistringen hat hierzu ihr Einvernehmen erteilt.

Die Nebenbestimmungen sind erforderlich, um die Allgemeinheit und die Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen sowie vor sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen zu schützen und die Beachtung anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften und der Belange des Arbeitsschutzes sicherzustellen.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 BlmSchG erfüllt sind und der Antrag somit unter den aufgeführten Nebenbestimmungen zu genehmigen war.

Zuständigkeit:

Meine Zuständigkeit für die Erteilung dieses Bescheides ergibt sich aus der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten im Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten vom 15.12.1990 (Nds. GVBl. S. 491) in der zurzeit gültigen Fassung.

Begründung zur Kostenlastentscheidung:

Der Antragsteller hat Anlass zu diesem Verfahren gegeben und hat deshalb die Kosten zu tragen. Die Entscheidung beruht auf §§ 1, 3, 5 und 13 des Nds. Verwaltungskostengesetzes vom 07.05.1962 (Nds. GVBl. S. 43) in der zurzeit gültigen Fassung.

Die Höhe der Kosten wird in einem gesonderten Bescheid festgesetzt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch wäre schriftlich oder mündlich zur Niederschrift bei dem Landkreis Diepholz, Niedersachsenstraße 2, 49356 Diepholz, einzulegen.

Hinweis:

Sie können einen Widerspruch auch auf elektronischem Weg an den Landkreis Diepholz senden. In diesem Fall beachten Sie bitte: Nur solche förmlichen Anträge und Widersprüche, die Sie über das „Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach“ (EGVP) an den Landkreis Diepholz senden, gelten als rechtswirksam gestellt bzw. erhoben.

Einfache Mitteilungen und Anfragen können Sie natürlich wie bisher per eMail an den Landkreis Diepholz senden.

im Auftrag

gez. Poppe